

1 **„Eine neue vernetzte**
2 **Sicherheitspolitik“**

3 vorgelegt auf dem 33. Landestag
4 am 22./23. Januar 2011 in Freiberg

5 durch den Landesvorstand der
6 Jungen Union Sachsen & Niederschlesien

Eine neue vernetzte Sicherheitspolitik

8

9 Ein notwendiger Bestandteil für den Frieden und die innerstaatliche
10 Ordnung ist das Gewaltmonopol des Staates. Ihm kommt bei der
11 Sicherung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates eine
12 entscheidende Rolle zu. Es gibt keinen Ort größerer individueller
13 Freiheit, als diesen demokratisch und rechtsstaatlich verfassten Staat.
14 Diese Freiheit ist ein Abwehrrecht des Einzelnen gegen den Staat, ein
15 Schutz vor staatlichen Eingriffen. Gleichzeitig erfordert das
16 Gewaltmonopol des Staates aber auch die Garantie umfassender
17 individueller und kollektiver Sicherheit für den Einzelnen. Ohne diese
18 Sicherheit ist die umfassende Ausübung der individuellen Freiheit durch
19 den Einzelnen nicht möglich, die Freiheitsgarantie des demokratischen
20 Rechtsstaates bliebe ein leeres Versprechen. Freiheit und Sicherheit
21 sind nicht voneinander zu trennen und stellen – auch wenn in der
22 öffentlichen Diskussion bisweilen dieser Eindruck vermittelt wird –
23 gerade keinen Gegensatz dar. Freiheit und damit auch Sicherheit zu
24 garantieren, stellt die zentrale Aufgabe des Staates dar.

25

26 Dabei unterliegen die Anforderungen an eine moderne Sicherheitspolitik
27 einem immer schnelleren, grundlegenden Wandel. Die Einschätzung
28 der Bedrohungslage im Inneren wird seit dem 11. September 2001
29 von der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus maßgeblich

30 bestimmt. Die Tatsache, dass es in Deutschland bislang nicht zu
31 einem Anschlag mit möglicherweise verheerenden Folgen gekommen
32 ist, darf nicht über den Fortbestand dieser Bedrohung hinwegtäuschen.
33 Nicht nur die Attentäter des 11. September, auch weitere
34 Gruppierungen, wie die Islamistische Dschihad-Union (IJU) oder die
35 Islamistische Bewegung Usbekistans nutzen und nutzen Deutschland
36 als Rückzugsraum für die Rekrutierung von Kämpfern und das
37 Sammeln von Geldern. Derzeit wird von über 200 Dschihadisten aus
38 Deutschland ausgegangen, die in Terrorcamps eine paramilitärische
39 Ausbildung durchlaufen haben. Über 100 solcher „Gefährder“ befinden
40 sich derzeit wieder auf deutschem Boden. Zudem ist eine immer
41 professionellere Nutzung der modernen Kommunikationsmöglichkeiten
42 des Internets für das Sammeln von Geld und Rekruten zu
43 verzeichnen.

44 Neben dem grenzüberschreitenden Terrorismus existieren weitere, neue
45 Risiken im Zusammenhang mit religiösem Fanatismus, politischem
46 Extremismus, der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und der
47 Destabilisierung ganzer Regionen durch sog. „failed states“, die im
48 Zeitalter der Globalisierung auch für Deutschland relevant sind. Hinzu
49 müssen die Vorsorge um die ungehinderte Nutzung von Transport-
50 und Kommunikationswegen und der sichere Zugang zu Ressourcen –
51 insbesondere zu Energieressourcen, einschließlich Wasser, kommen.

52 Vernetzte Sicherheitspolitik

53

54 Den hochkomplexen, neuen Risiken kann nur mit einer Kombination
55 aus politischen, polizeilichen oder militärischen Mitteln begegnet
56 werden. Nach Auffassung der Jungen Union Sachsen &
57 Niederschlesien liegt daher der Schlüssel für die Herausforderungen
58 und Risiken des 21. Jahrhunderts in einer vernetzten Sicherheitspolitik.
59 Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien fordert die Erarbeitung
60 einer ressortübergreifenden nationalen Anti-Terrorismus-Strategie unter
61 Beteiligung von Bund und Ländern. Wesentliche Punkte hierbei sollten
62 sein:

63 □ Verankerung von Anti-Terror-Befugnissen in den Polizeigesetzen
64 der Länder entsprechend der BKA-Gesetz-Novelle.

65 □ Bessere Zusammenarbeit und Bündelung von Kompetenzen bei
66 Observation und Auswertung zwischen den Ländern, um
67 angesichts knapper finanzieller und personeller Ressourcen eine
68 effizientere Prävention zu ermöglichen.

69 □ Stärkung des Bevölkerungsschutzes, um Bedrohungen durch
70 Anschläge mit hohem Schadenspotential und Angriffen auf
71 gefährdete Infrastruktur begegnen zu können.

72

73 Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gelangte am 12. September
74 2001 in seiner Resolution nach Artikel 51 der Charta der Vereinten
75 Nationen zu dem Ergebnis, dass die terroristischen Anschläge vom

76 Vortag ein Angriff auf die Vereinigten Staaten von Amerika gewesen
77 seien, obwohl die Flugzeuge im Inland und nicht im Ausland gestartet
78 waren. Die Amerikaner sprechen von „Krieg“, in dem sie sich
79 befinden. In Deutschland gibt es bewusst einen anderen
80 Sprachgebrauch – das Grundgesetz nennt es „Verteidigung“ – aber
81 auch das zeigt, dass die Welt, in der wir leben, eine andere
82 geworden ist.

83 Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien spricht sich deshalb –
84 bei Einhaltung unserer rechtsstaatlichen Prinzipien – für einen weiteren
85 Ausbau der europäischen und internationalen Zusammenarbeit bei der
86 Bekämpfung von terroristischen Bedrohungen aus. Gleichzeitig fordern
87 wir, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Nutzung der
88 Kompetenzen der Bundeswehr bei der Bekämpfung neuer Bedrohungen
89 – auch im Inland – an die neuen Erfordernisse anzupassen und
90 eindeutig zu regeln. Auch der strukturelle Umbau der Streitkräfte muss
91 diesem Umstand gerecht werden.

92

93 Sicherheit im Zeitalter des Internets

94

95 Die modernen Kommunikationsmöglichkeiten im Internet sind für viele
96 Menschen zum notwendigen Bestandteil ihres Lebens geworden. Dies
97 hat auch zur Entwicklung neuer Formen von Kriminalität beigetragen.
98 Nicht nur der internationale Terrorismus sondern auch die organisierte

99 Kriminalität, Wirtschaftsspionage und Hackerangriffe gegen staatliche
100 und privatwirtschaftliche Netzwerke bedienen sich der Möglichkeiten des
101 Netzes und stellen eine Bedrohung für die Interessen Deutschlands
102 und seiner Bürger dar.

103 Es ist notwendig die rechtlichen Rahmenbedingungen und die
104 Personalausstattung sicher zu stellen um diesen neuen
105 Kriminalitätsformen zu begegnen. Hierbei stellen die institutionelle
106 Verankerung der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund
107 und Ländern ebenso wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit
108 wichtige Schritte dar. Auch die entsprechende technische und
109 personelle Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden – die nicht
110 zulasten der fortgesetzt notwendigen Präsenz in der Fläche gehen darf
111 – unverzichtbar.

112 Ebenso wichtig wie die Bekämpfung der Netzkriminalität ist der Schutz
113 der Privatsphäre des Einzelnen. Notwendig sind klare Regeln für den
114 Schutz von Vermögen und persönlichen Daten der Menschen. Es
115 müssen wirksame Instrumente geschaffen werden, die es dem
116 Einzelnen ermöglichen, „Herr über die eigenen Daten“ zu bleiben –
117 unabhängig davon, ob sich diese in sozialen Netzwerken oder
118 Kundendatenbanken befinden. Dies bedeutet zunächst einen Anspruch
119 des Einzelnen auf Auskunft darüber, welche Informationen ein
120 Unternehmen oder eine Behörde über ihn speichert und auf welcher
121 Grundlage dies geschieht. Nur so kann der Einzelne überhaupt eine

122 fundierte Entscheidung darüber treffen, was er wem gegenüber
123 offenbart. Auch die Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung darf
124 nicht zu unzumutbaren Einschränkungen der Freiheit führen.
125 Datenspeicherung, Online-Durchsuchungen und andere neue
126 Ermittlungsmethoden müssen, wenn notwendig, verfügbar sein, dürfen
127 aber auch nur zum Einsatz kommen, wenn dies unerlässlich ist.
128 Daher fordert die Junge Union, neue Ermittlungsmethoden ebenso
129 unter strengen Richtervorbehalt zu stellen, wie sich dies bei den
130 „klassischen“ Ermittlungsmaßnahmen seit Jahren bewährt hat. Um
131 diese wirksame richterliche Kontrolle zu gewährleisten, sind auch
132 zukünftig ausreichende personelle Ressourcen bereitzustellen.
133 Den „Gläsernen Bürger“ darf es weder im Verhältnis zur
134 Privatwirtschaft, noch im Verhältnis zum Staat geben.

135

136 Unsere Verantwortung ist in diesem Zusammenhang beschreibt das
137 Grundgesetz in Artikel 1 eindeutig: „Die Würde des Menschen ist
138 unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller
139 staatlichen Gewalt.“ Dieses Menschenbild unserer westlich-
140 abendländischen Tradition verbindet Freiheit und Sicherheit. Sicherheit
141 ist die notwendige Bedingung für die Existenz von Freiheit. Diese
142 Freiheit zu schützen, ist die Verantwortung des gesamten Staates
143 gegenüber seinen Bürgern und unser Anspruch.